

Antrag G 3: Für eine starke LINKE. Thüringen, starke Strukturen schaffen.

Antragsteller*in:	AG Partei- und Personalstruktur, Landesvorstand	
Status:	angenommen	
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung	
Abstimmung	Ja:	Mehrheit
	Nein:	3
	Enthaltung:	12

Der Landesverband DIE LINKE. Thüringen hat eine herausgehobene Stellung innerhalb unserer Bundespartei inne. Unser Landesverband mit seinen 21 Kreisverbänden stellt den ersten und bisher einzigen Linken Ministerpräsidenten, trägt damit Regierungsverantwortung und kann den Nachweis erbringen, dass die Partei DIE LINKE auf Landesebene gestaltunfähig ist. Im Zusammenwirken von Partei, Fraktion und Regierung liegt der Grund der erfolgreichen Arbeit seit 2014. Viele Mitglieder konnten durch diese erfolgreiche Politik und die damit verbundene Profilierung sowie Sichtbarkeit unserer Partei für den Landesverband und seine Stadt- & Kreisverbände gewonnen werden. Wir werden als ein stabiler und richtungsgebender Leuchtturm innerhalb der Bundespartei wahrgenommen.

Gleichwohl steht unser Landesverband, u.a. aufgrund der Mitgliederentwicklung vor großen organisationspolitischen Herausforderungen. Wir stehen gemeinsam vor der Aufgabe, auf allen Ebenen funktionierende Parteistrukturen im Sinne einer sozialistischen und gestaltenden Mitgliederpartei zu gewährleisten. Dies wollen wir weiterhin in solidarischem Umgang miteinander diskutieren und breit getragene, strukturelle Entscheidungen treffen. Dabei sollen die Ressourcen der Landespartei in der Landesgeschäftsstelle und in den Gebietsverbänden bestmöglich kombiniert, sowie Ehrenamt und Hauptamt effektiv verzahnt werden.

Viele Genoss*innen, junge wie alte, neue wie langjährige, übernehmen heute Verantwortung in den Stadt- und Kreisverbänden. Für die Organisation der Parteiarbeit und ein lebendiges Parteileben braucht es Ressourcen, Wissen und arbeitsfähige Strukturen. Daher sind Bildungsangebote von enormer Bedeutung. Der Landesvorstand wird den Mitgliedern von Stadt- und Kreisverbänden, aber auch Hauptamtlichen, weiterhin an den konkreten Bedarfen orientierte, niedrighschwellige Schulungen zu politischer Arbeit im Alltag vor Ort zur Verfügung stellen. Wir werden diese Angebote nutzen, um die politische Arbeit unserer Partei zu qualifizieren.

Ziel ist, mit verstärkten Angeboten und Anpassungen der Parteistrukturen und -gremien, die öffentliche Präsenz und Aktionsfähigkeit der Thüringer LINKEN flächendeckend und kontinuierlich - auch zwischen den Wahlkämpfen - zu sichern. Die Partei kann als Interessenvertreterin mit den eigenen politischen Alternativen besonders gut im direkten persönlichen Kontakt um Zustimmung und Vertrauen werben, Hinweise und Probleme der Menschen in Thüringen aufnehmen und darauf Antworten geben. Dafür spielen die Gebietsverbände mit ihrer Arbeit vor Ort eine entscheidende Rolle. DIE LINKE ist auch in Thüringen nach den Pandemie-Jahren gefordert, zu prüfen, welche organisatorische Aufstellung für die Wähler*innenansprache und die innerparteiliche Kommunikation am besten funktioniert.

Der Landesvorstand hat am 18.03.2022 beschlossen, eine Arbeitsgruppe „Partei- und Personalstrukturen“ einzurichten. Diese hat den Auftrag erhalten, bis zum Frühjahr 2023 einen Vorschlag zur Neufassung der Arbeitsstrukturen des Landesverbandes vorzulegen. Im Ergebnis der Beratung der Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertreter*innen der Kreisverbände, des Landesausschusses und des Landesvorstandes, werden dem Landesparteitag zu den Bereichen

- Kreisverbände
- Untergliederungen der Kreise
- Zentralisierung von Aufgaben
- Regionalisierung und
- Konfliktmanagement in unserer Partei

folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

1) Kreisverbände

a) Für eine auch in Zukunft abgesicherte Arbeits- und Politikfähigkeit unserer Kreis- und Stadtverbände wollen wir als eine Option ein Zusammenwachsen fördern, mit dem Ziel, die Zahl der 21 Kreisverbände zu reduzieren. Grundvoraussetzung für Zusammenschlüsse und Bildung entsprechender Kreisvorstände ist eine allseitige Freiwilligkeit. Druck und/oder Zwang zu einem Zusammenschluss lehnen wir ab. Unser Ziel ist die Entlastung der Kreis- und Stadtvorstände bei einer gleichzeitig verbesserten Serviceleistung und bedarfsorientierten Unterstützung durch die Landesgeschäftsstelle.

b) Die Schaffung von übergeordneten Regionalverbänden ohne Entscheidungskompetenzen, in denen mehrere Kreisverbände mit eigenen Kreisvorständen untergliedert sind, wird in unserem Landesverband nicht mehr angestrebt. Bevor es zu Zusammenschlüssen von Kreisverbänden kommt, sollen regionale Parteistrukturkonferenzen durchgeführt werden.

c) Zur Verbesserung der Kommunikation und Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen auf Landes- und Kreisebene sollen die Kreisvorstände analog zur Aufgabenverteilung in der Landesgeschäftsstelle Ansprechpartner*innen benennen (bspw. politische Bildung, Kampagnenarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, etc.).

d) Um die Arbeit in den Kreis- und Stadtverbänden zu unterstützen, werden regional regelmäßig beteiligungsorientierte und niedrigschwellige Schulungs-, Bildungs- und Vernetzungsangebote zur Kreisvorstandsarbeit u.a. mit dem Format „ABC der Kreisvorstandsarbeit“ angeboten und durchgeführt.

2) Untergliederungen der Kreisverbände

a) Das täglich erfahrbare Parteileben unterhalb der Kreis- und Stadtverbandsebene für und mit unseren Genoss*innen soll zukünftig um die Möglichkeit erweitert werden, Ortsverbände zu gründen. In den Ortsverbänden können als territorial orientierte Untergliederungen, sogenannte Parteigruppen, in einzelnen Kommunen bzw. Stadtteilen gegründet werden oder weiterhin bestehen bleiben. Der Landesvorstand wird bei der Gründung der Ortsverbände bei Bedarf jegliche Unterstützung leisten.

b) Neue Mitglieder sollen nicht mehr Basisorganisationen, sondern, soweit diese gegründet sind, Ortsverbänden zugeordnet werden. Das satzungsgemäße Recht, Basisorganisationen zu gründen, bleibt bestehen. Auch bestehende Basisorganisationen

werden nicht aufgelöst.

c) Zur thematischen und inhaltlichen Arbeit in den Kreisverbänden sollen Basisorganisationen künftig als Zusammenschlüsse im Sinne von Arbeitsgruppen wirken.

d) Für die Vereinfachung der politischen Arbeit vor Ort sollen den Ortsverbänden in den Finanzplänen der Kreisverbände Budgets für eine eigenständige politische (Mitglieder-) Arbeit ohne selbständige Kassenführung ermöglicht werden.

3) Regionale Unterstützung

a) Eine dauerhafte und planmäßige Reduzierung der Arbeitsplätze in der Landesgeschäftsstelle durch eine Regionalisierung von Planstellen in noch zu definierende Regionen wird nicht als sinnvoll erachtet.

b) Die festgeschriebenen und definierten Aufgaben der Beschäftigten der Landesgeschäftsstelle und die dort zu erbringenden Unterstützungsleistungen für die Kreisverbände sollen deutlicher herausgestellt werden.

c) Gemeinsam mit den Kreis- und Stadtverbänden, dem Betriebsrat und dem geschäftsführenden Landesvorstand soll ein tragfähiges Modell entwickelt werden, mit dem es den Gebietsverbänden möglich ist, projektbezogen Unterstützungsleistungen vor Ort mit Aufwandsentschädigungen und/oder Honoraren zu vergüten.

d) Gleichzeitig wollen wir die einzelnen Aufgaben der Mitarbeiter*innen in der Landesgeschäftsstelle daraufhin überprüfen, wie sie noch mehr als jetzt schon die Kreisverbände und insbesondere die Kreisvorstände bei Projekten vor Ort unterstützen können. Dazu sollen die Belegschaft und der Betriebsrat einbezogen werden.

e) Sollten sich zusätzliche finanzielle Spielräume im Landesverband ergeben, werden konkrete Unterstützungsangebote für die Kreis- und Stadtverbände priorisiert und besprochen.

4) Zentralisierung von Aufgaben

Um die Kreisvorstände gezielt zu entlasten und eine Fokussierung auf die wesentlichen Aufgaben zu unterstützen, wollen wir alle Bereiche der Mitgliederverwaltung in der Landesgeschäftsstelle zentralisieren. Zudem soll geprüft werden, ob und wie man die Finanzverwaltung in den Kreis- und Stadtverbänden zentralisieren kann, um diese von kräftezehrenden Verwaltungstätigkeiten zu entlasten und personelle und zeitliche Ressourcen für die politische Arbeit zu erhöhen. Dabei sollen die Kreis- und Stadtverbände weiterhin über ihr Budget und die Spenden selbst verfügen, sich über Buchhaltung aber nicht mehr den Kopf zerbrechen müssen, sondern nur noch Kassenbuch führen. Darüber hinaus werden wir einen zentralen Technikpool aufbauen.

5) Konfliktmanagement in unserer Partei

Unsere Partei befindet sich im Umbruch. Dies führt auch in unserem Landesverband zu Konflikten. Diese Konflikte führen teilweise zu einer Beeinträchtigung der Arbeits- und Politikfähigkeit vor Ort. Sie lähmen ganze Kreisverbände bzw. deren Vorstände. Dazu wollen wir der Mediationsstelle unseres Landesverbandes eine aktivere Rolle zuteilen und beim nächsten Parteitag neue Mitglieder wählen. Darüber hinaus soll ein landesweiter Pool von ehrenamtlichen Streitschlichter*innen ausgebildet und gegründet werden. Sie sollen bei Konflikten niedriger Intensität eine vermittelnde Rolle einnehmen. Dazu wollen wir Schulungen anbieten.